Jiří Kosta, intellektueller Protagonist des Prager Frühlings, nach der Emigration bis 1987 Inhaber des Lehrstuhls für sozialistische Wirtschaftssysteme an der Universität Frankfurt am Main, ist auch breiteren Leserkreisen durch die Erinnerungen an sein „Leben zwischen Bangen und Hoffen“ bekannt geworden. Der hier angezeigte Band, die Summe seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse, führt 13 zwischen den frühen 1970er und den späten 1990er Jahren entstandene, an unterschiedlichen, teilweise entlegenen Orten veröffentlichte Studien zur Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens zusammen; ein zweiter, eher theoretisch orientierter Teil behandelt Probleme sozialistischer Wirtschaftssysteme. Die Sammlung ersetzt kein Lehrbuch, ungeachtet dessen ist sie von großem Interesse, weil bislang, abgesehen von Alice Teichovas „Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei“, keine die Jahrzehnte von 1918 bis 1989 umspannende einschlägige Monografie existiert. Die Wirtschaftsentwicklung der Zwischenkriegszeit, die sozialistische Periode und die Transformation der 1990er Jahre werden etwa gleichgewichtig behandelt, man vermisst eigentlich nur den Blick auf das „Protektorat“, dessen Wirtschaftsgeschichte allerdings erst in allerjüngster Zeit intensiver erforscht wird. Spezielle Aufmerksamkeit gilt – der notorisch hohen Außenhandelsabhängigkeit der Tschechoslowakei angemessen – Fragen der Außenwirtschaft. Intensives Augenmerk widmet der Autor den für die tschechoslowakische Wirtschaft immer, auch in Zeiten ihrer brachialen Umorientierung nach Osten, eminent wichtigen Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland. Auch diese Schwerpunktsetzung liegt in der Natur der Sache.

Der Ersten Republik der Zwischenkriegszeit bescheinigt Kosta zu Recht insgesamt günstige Vorbedingungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung; nicht zuletzt wurde dieser durch eine institutionell solide verankerte demokratische Wirtschaftspolitik bewirkt, die nur in wenigen Bereichen – deren Umfang Kosta allerdings unterschätzt – Vermachtungstendenzen zuließ. In der hier vorexerzierten Verknüpfung von Staatsinterventionen und Markt waren, so darf der Leser interpolieren, die Reformkonzepte des Prager Frühlings vorgeprägt. Die Rigidität und die Ineffizienz des zentraladministrativen Planungssystems, seine Unfähigkeit zur Innovation und die Vernachlässigung der Konsumentenbedürfnisse stellten, gemessen an der Zwischenkriegszeit, eine Regression dar. Den bürokratischen Staatssozialismus konfrontiert

der Prager Frühling mit dem innovativen Entwurf eines freiheitlichen Sozialismus. Die angestrebte Synthese von Plan und Markt in der Ökonomie sowie von basisdemokratischen und repräsentativ-demokratischen Pluralismuskonzepten in der Politik ist auf die Zentralperspektive eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz ausgerichtet. Die „Normalisierung“ der 1970er und 1980er Jahre stellt demgegenüber eine zweite Regression dar; ihr begegnet Kosta nun allerdings mit dem Plädoyer für weitestgehende Dezentralisierung und Entflechtung der administrativen Monopole, für die kompromisslose Umstellung auf Markt und Wettbewerb und den Rückzug des Staates auf die Sorge für öffentliche Dienste und Infrastruktur.

Nur angedeutet werden kann hier die Fülle luzider, Theorie und Empirie verschränkender Analysen; diese behalten immer auch die politischen Rahmenbedingungen im Auge. In ihrer zeitlichen Folge erschließt sich auch der Wandel von Kostas Auffassungen: Der Glaube an die Reformierbarkeit sozialistischer Systeme und an den Dritten Weg zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischem Plan-Markt-Modell schwindet; an seine Stelle tritt Ende der 1980er Jahre ein vorsichtiger Optimismus hinsichtlich der Möglichkeit revolutionärer Umbauten von Gesellschaften sowjetischen Typs. Zielperspektive ist nun der Wohlfahrtsstaat westlichen Zuschnitts, dessen Ausgestaltung im Detail den Akteuren und den jeweils konkreten Umständen überlassen bleiben soll. Weil der bürokratische Sozialismus nicht durch Marx begründet und legitimiert wurde, ist dieser für die Fehlentwicklungen in Osteuropa nicht haftbar zu machen. Die emanzipatorischen Werte des Sozialismus – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – können und sollen deshalb, so Kosta, auch im Transformationsprozess feste Größen bleiben.